

Harter Wahlkampf bei den Aleviten

Vier Bundestagskandidaten und ein Landtagsabgeordneter zu Gast

Die Leidenschaft, die beim Fernsehduell zwischen der Kanzlerin und ihrem Herausforderer fehlte, gab es gestern beim Alevitischen Kulturverein. Bei einem sehr fragefreudigen Publikum zeigte sich, wie weit die vier anwesenden Bundestagskandidaten und der Landtagsabgeordnete Jürgen Walter auseinanderliegen.



verteidigte die bestehende Regelung. Jürgen Walter, Landtagsabgeordneter der Grünen, der die Bundestagskandidatin Ingrid Hönlinger vertrat, hingegen meint, alle Menschen mit Bleiberecht sollten wählen können und wählbar sein.

Jan Mönikes (SPD) findet, dass kommunal wählen können müsse, wer sechs Jahre lang legal hier lebe. Außerdem ist für die SPD die doppelte Staatsbürgerschaft „eine Möglichkeit als Brücke“, die sich aber für spätere Generationen erledigt haben sollte, so Mönikes. Er wies darauf hin, dass die derzeitige Wirtschaftskrise längst nicht zu Ende sei und sie bedauerlicherweise Migranten besonders hart treffen könne. „Wo ist denn das ganze Geld hin aus den Betriebsgewinnen der guten Jahre“, wollte einer wissen und ein anderer regte sich darüber auf, dass „über Nacht“ Milliarden für Banken und Unternehmen frei geworden seien. „Das war Luftgeld,

das ist weg, da ist nichts zu holen“, so Mönikes. Seine Partei fordere eine internationale Finanzmarktsteuer.

Für ein „einfaches und soziales Steuersystem“ will sich Alexander Schopf (FDP) in Berlin einsetzen. Für die von seiner Partei angepeilten Steuerentlastungen sieht Jürgen Walter „keinen Spielraum in den nächsten Jahren“.

Den Hartz-IV-Kritikern aus dem Publikum gab Hans-Jürgen Kemmerle (Die Linke) recht. Dieses Geld reiche nicht zum Leben. Zum ebenfalls häufig angesprochenen Thema Bildung meinte Kemmerle, sie müsse kostenlos sein vom Kindergarten bis zum Studium. Bilger verteidigte die Studiengebühren. Die Weiterbildung zum Meister etwa müsse ja auch privat bezahlt werden.

Für hinlänglich bekannte Kontroversen sorgten auch der Mindestlohn und der Afghanistaninsatz. Nicht gefallen lassen wollten sich die Politiker eine Schuldzuweisung wegen jugendlicher Gewaltausbrüche. Da trage die Gesellschaft Verantwortung, sagte Walter, und mahnte, nicht wegzuschauen.

VON ASTRID KILLINGER

Der Verein wolle seinen rund 450 Mitgliedern ein „Bild über das politische Spektrum verschaffen“, erklärte der Moderator Nuretin Döskaya vor der Veranstaltung. Die Bundestagswahl gehe alle an, die Vereinsmitglieder sollten dazu motiviert werden, von ihren Bürgerrechten Gebrauch zu machen und zu wählen.

Die meisten Aleviten, laut Schätzungen 30 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerung, können dies auch, da sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Bei der Veranstaltung kam aber gleich die Forderung nach einem Wahlrecht auch für Mitbürger ohne diesen Status auf. Steffen Bilger (CDU)